

Meine Damen und Herren,

die zweite Haushaltsrede im selben Jahr und das Tragische hierbei für mich, dass sich die Besorgnis erregende Finanzkrise eher noch verstärkt als gebessert hat.

Die kommunalen Haushalte sind immer noch auf einer Talfahrt und dies, obwohl sich gerade im Bereich der Gewerbesteuer landesweit eine leichte Stabilisierung bzw. Verbesserung abzeichnet.

Das große Problem – der Negativsaldo der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Betriebes, der in steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen begründet ist.

Dass die Kommunen hierauf wenig Einfluss haben, hat Hr. Haußmann bereits dargestellt.

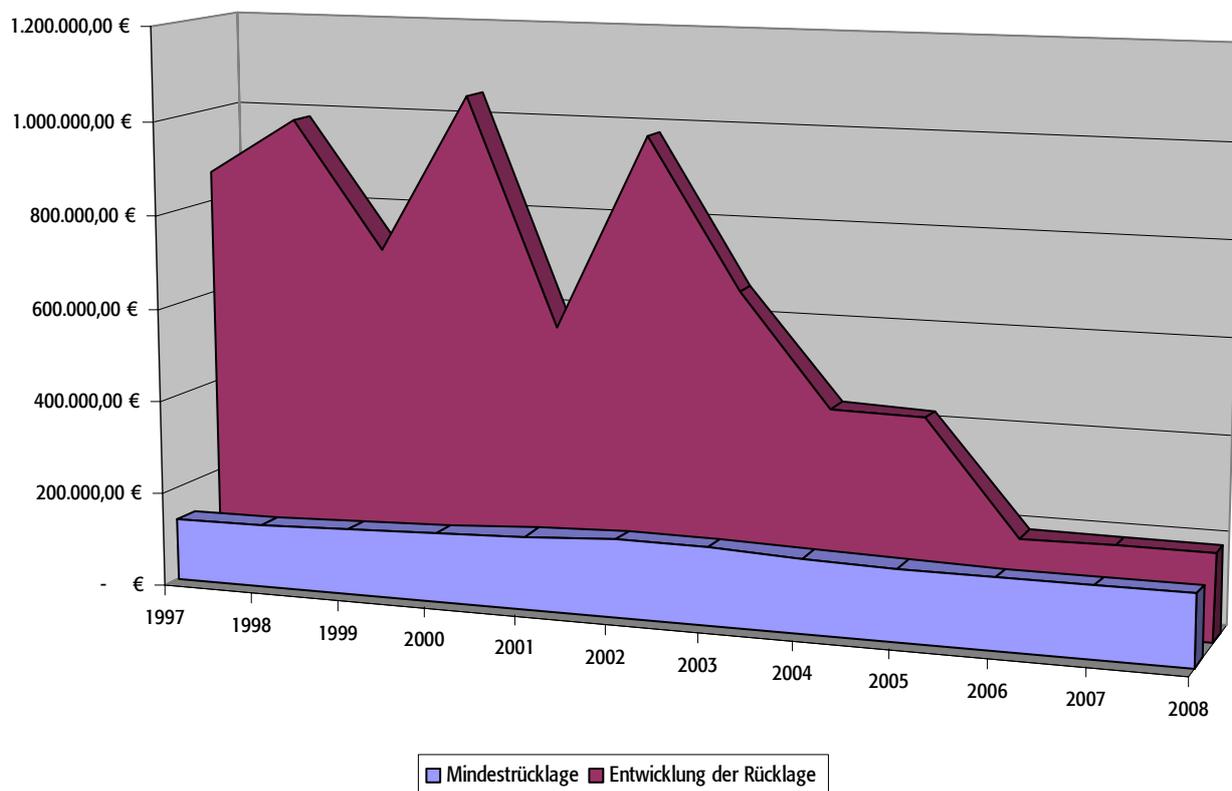
Und da fragt man sich ab und zu doch, was die eigenen Bemühungen eigentlich bewirkt haben. Ich möchte hier wiederum an die Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und an die in diesem Jahr begonnene Überprüfung der Gebühren und sonstigen Einnahmen der Gemeinde erinnern.

Und jetzt? – die Erkenntnis, dass das alles nicht genügt!?

Mit Blick auf die Zukunft müssen wir zudem noch feststellen, dass unser bisheriges „Polster“, die Rücklagen und Grundstückserlöse, inzwischen weitgehend aufgezehrt ist.

Trotzdem halten sich die Kreditaufnahmen im Vergleich zur Finanzplanung 2005 noch im Rahmen bzw. ist die Erhöhung durch eine notwendige Reduzierung der Einnahmeansätze im Bereich der Grundstückserlöse begründbar.

Rücklage



Auch wenn davon auszugehen ist, dass es zahlreichen Kommunen künftig nicht mehr gelingen wird, einen gesetzeskonformen Haushalt aufzustellen, wird sich an der bisherigen Linie der Rechtsaufsichtsbehörde nichts ändern.

Eine Lockerung der Aufsichtsinstrumente ist nicht beabsichtigt und auch nicht möglich, weil dies zu einer Umgehung der geltenden Rechtsvorschriften führen würde.

Was bedeutet das aber jetzt konkret für uns?

Das Landratsamt wird weiterhin daran festhalten, dass die Kommunen ihren Schuldendienst aus dem laufenden Betrieb leisten können. Sofern dies nicht möglich ist und festgestellt werden kann, dass nicht alle Einnahmemöglichkeiten – auch Steuern – der Gemeinden hinreichend ausgeschöpft wurden, wird die Rechtsaufsichtsbehörde einer Nettoneuverschuldung nicht zustimmen.

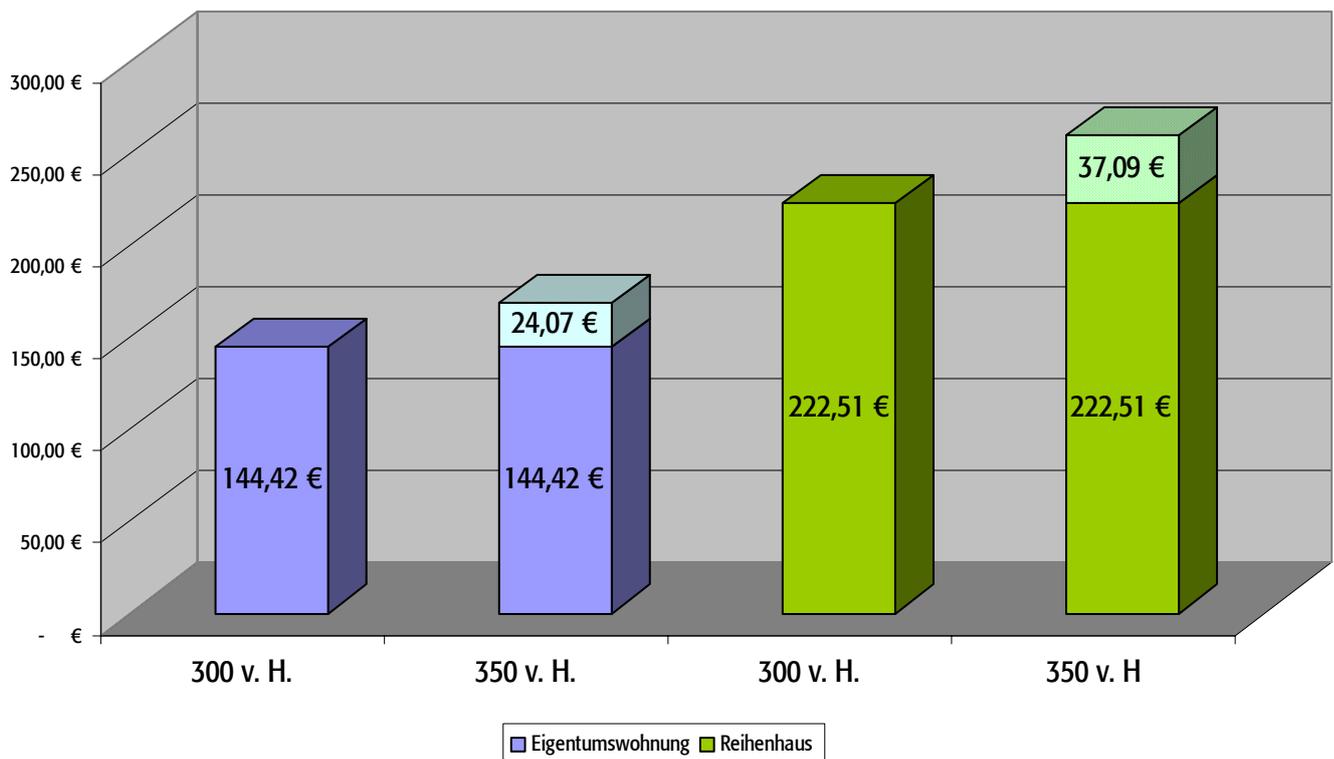
Erinnern möchte ich hier nur an die Reduzierung der Kreditaufnahme 2005 und die Forderung des Landratsamtes, die Realsteuerhebesätze anzupassen, bevor weitere Kreditaufnahmen genehmigt werden können.

Der Haushaltsplanentwurf 2006 geht deshalb von einer Erhöhung der Realsteuerhebesätze auf die sich abzeichnende Durchschnittshöhe der umliegenden Gemeinden aus.

Die Hebesätze im Entwurf stellen sich für die Grundsteuer A mit 320 v.H. , für die Grundsteuer B mit 350 v.H. und die Gewerbesteuer mit 350 v.H. dar.

Bei der Grundsteuer B gibt es den größten Einschnitt – nämlich eine Erhöhung von 300 v.H. auf 350 v.H.. Diese jährliche Mehrbelastung der Bürger habe ich deshalb an zwei Beispielen dargestellt.

Grundsteuer B



Für eine 3-Zimmer-Wohnung bedeutet das eine Erhöhung der Grundsteuer von 144,42 € auf 168,49 €, d.h. effektiv 24,07 € mehr pro Jahr (pro 10-Prozentpunkte 4,81 €).

Bei einem Reihenhaus wäre es ein Betrag von 259,60 € anstatt 222,51 €, also 37,09 € mehr (7,42 € pro 10-Prozentpunkte).

Trotz der Erhöhung dieser Einnahmearten ist es nicht möglich, die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt zu erwirtschaften. Deshalb muss die Gebührenüberprüfung sukzessive fortgesetzt werden. Angekündigt sind hier schon die Neukalkulationen für Friedhof und der Verwaltungsgebühren.

Aber auch im Bereich der Abwasserbeseitigung müssen die anstehenden Investitionen hinsichtlich der Eigenkontrollverordnung erwirtschaftet werden.

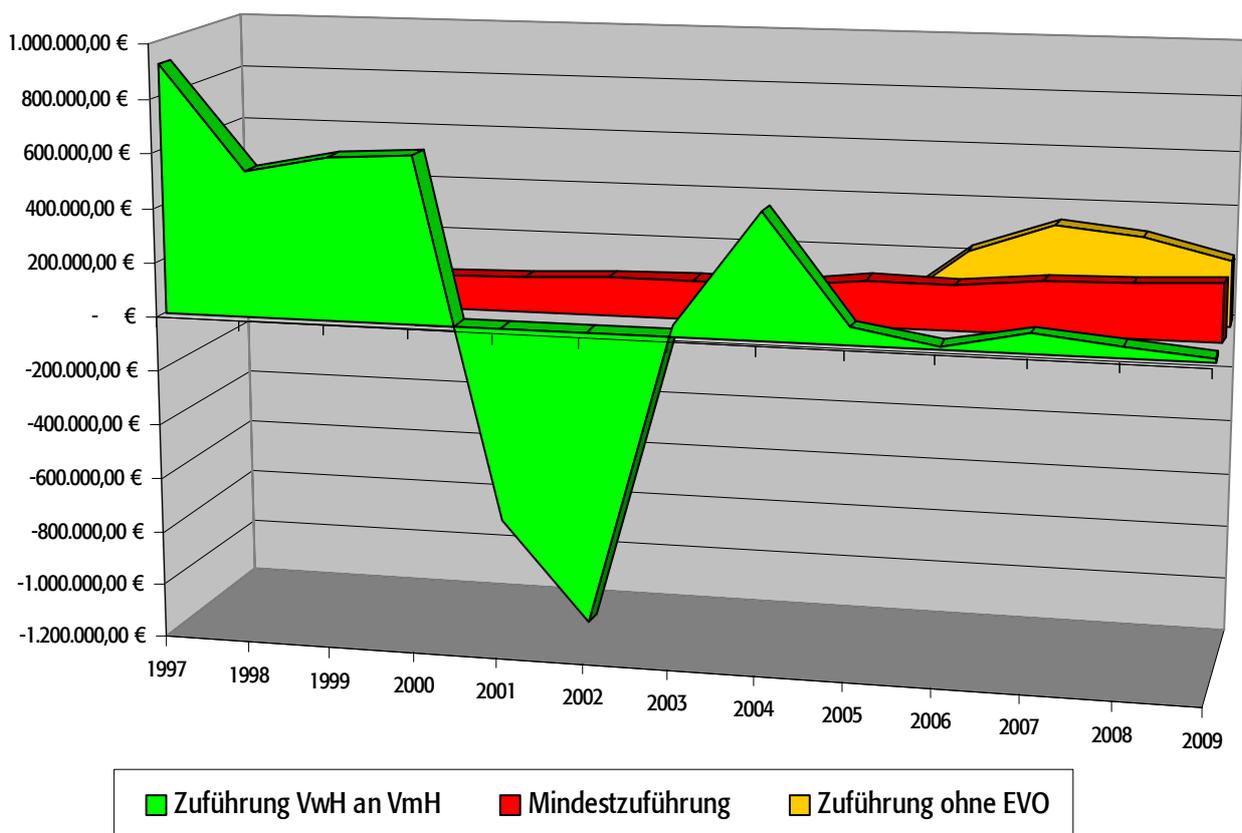
Nach dem bisherigen Zeitplan hätten hier bereits bis einschließlich 2006 weitere 1,8 Mio. € investiert werden müssen. Da dies realistischer Weise nicht mehr möglich ist, konnte mit dem Landratsamt eine neue Absprache getroffen werden.

Für die Unterhaltung der Abwasseranlagen ist in den Jahren 2006-2008 deshalb ein Gesamtansatz von 850.000 € vorgesehen – die ursprüngliche Forderung war ein Ansatz von 910.000 €.

Dieser kleine Erfolg im Verhandlungsweg führt aber trotzdem zu keiner Entspannung der finanziellen Situation, da die bisher geforderten 1,8 Mio. € noch nicht veranschlagt waren.

Aber jetzt zu der Frage, ob unsere bisherigen Bemühungen keine Erfolge zu verzeichnen haben. Hier möchte ich noch einmal ganz klar unterstreichen, dass wir vom richtigen Ansatz ausgegangen sind. Erst sparen, dann die Einnahmeseite verbessern und hier an letzter Stelle an der „Steuerschraube“ drehen.

Zuführung Verwaltungshaushalt an Vermögenshaushalt



Das Schaubild der Zuführungsraten ohne die Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung und mit den Maßnahmen der Eigenkontrollverordnung zeigt deutlich, dass der Verwaltungshaushalt strukturell verbessert wurde und die Problematik der nicht ausreichenden Zuführungsraten durch die steigenden Ausgaben aufgrund Gesetzesvorgaben bei gleichzeitig sinkenden Zuweisungen und Zuschüssen begründet ist.

Als Resümee abschließend ein Sprichwort, das unsere derzeitige Situation meines Erachtens sehr treffend bezeichnet.

„Alles was einen Anfang hat, hat auch ein Ende, und meistens hat das, was ein Ende hat auch eine Fortsetzung.“ (Peshewa)

Der Haushaltsplan hat ein Gesamtvolumen von 9.576.002 €

Er setzt sich zusammen aus dem

VwH mit 8.341.429 € und dem
VmH mit 1.234.573 €.

Der Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung setzt im

Erfolgsplan 507.300 € und im
Vermögensplan 232.000 € fest.

Die Personalausgaben sind leicht gestiegen (ca. 25.000 €) – Dies größtenteils aufgrund der geänderten Personalstruktur im Hallenbad. Hr. Moritz Heitel wurde in Teilzeit angestellt (Personalaufwand ca. 21.000 €), was aber gleichzeitig zu einer Ersparnis im Bereich der Ausgaben für „Leihschwimmer“ führt.

Öffentliche Ordnung

Ansatz sächliche Zweckausgaben für die „Lösung Lenningen“ wurde angepasst. Bisher 3.000 € und Ansatz 2006 9.500 €.

Feuerschutz

Unterhaltung Geräte, Löscheinrichtungen – weiterhin ein erhöhter Ansatz aufgrund der gesetzlichen Vorgaben für Atemschutzgeräte

Ansatz 2004 8.500 €
Ansatz 2005 16.000 €
Ansatz 2006 11.000 €

Schule

Lernmittel weiterhin ein erhöhter Ansatz im Hinblick auf die neuen Bildungspläne

Ansatz 2004 30.000 €
Ansatz 2005 35.000 €
Ansatz 2006 36.000 €

Hallenbad – hier konnte das Budget in Absprache mit der Hallenbadleitung um rund 20.000 € reduziert werden.

Technische Anlagen

Ansatz 2005 29.000 € (Filtersanierung)
Ansatz 2006 15.000 €
Geräte, Ausstattung, Einrichtungen
Ansatz 2006 10.000 €
Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung denkbar.

Abwasserbeseitigung
Unterhaltung der Abwasseranlagen
Forderung des LRA 2006 – 2008 910.000 € investieren – bisher sind 850.000 € veranschlagt.
Ansatz 2006 250.000 €
Ansatz 2007 300.000 €
Ansatz 2008 300.000 €

Aus diesem Grund ist die Überprüfung der Entwässerungsgebühr im Jahr 2006 unbedingt erforderlich, da diese Investitionen erwirtschaftet werden müssen.

Geschäftsausgaben
Ansatz 2005 13.000 €
Ansatz 2006 27.000 €
Vermögensbewertung Kanalisation im Hinblick auf neues HH-Recht.

Vermögenshaushalt
Grund- und Hauptschule
Renovierung der Schulgebäude
Ansatz 2006 55.000 €
Alte Schule – Renovierung von 2 Klassenzimmern
Schlössle – Heizung, Klassenzimmer, Parkettböden
Hauptschule – Heizanlage
Denkbar wäre hier, diesen Ansatz als „Budget“ zu sehen und die Schule über die Priorität einzelner Maßnahmen entscheiden zu lassen.

Austausch der Heizanlage
Sporthalle 65.000 €
Hallenbad 75.000 €
Einbau von Wärmetauschern wg. Anschluss an Holzhackschnitzelheizanlage

Landessanierungsprogramm
Sitzungssaal 152.000 €
Bahnhofplatz 90.000 € (Planungskosten)
Private Maßnahmen 50.000 €
Lautergarten 50.000 €
Aufgabe HH-Rest Sanierung Rathaus ca. 70.000 € im Hinblick auf neuen Planansatz 2006 unter der HH-Stelle Landessanierungsprogramm.

Ausbau alter Ortsstraßen
Ansatz 2006 205.000 €
Gemeindeverbindungsstraße nach Owen - derzeit Prüfung, ob Förderung nach GVFG möglich ist – Tendenz nein!

Bestattungswesen

Ansatz 2006 62.000 €

Planung Alter Friedhof

Fertigstellung Urnengrabfelder III. BA

Bedarfsparkplätze Neuer Friedhof

Bauhof

Errichtung Nebengebäude

Ansatz 2006 5.000 €

Planungskosten